

Bilanz aus der Distanz - Ist der Parlamentarismus in einer Krise?

Von Erich Mende

Vortrag, gehalten am 26. Mai 1981 bei der SWG in Hamburg

Ein Leben frei von Not und Furcht



Wer drei Jahrzehnte des deutschen Parlamentarismus kritisch bilanzieren will, tut gut daran, bei der Ausgangslage 1949 zu beginnen: Als Paul Löbe, einige Monate älter als Konrad Adenauer, mit 74 Jahren als Alterspräsident am 7. September 1949 den 1. Deutschen Bundestag eröffnete, stellte er die Frage: Was erhofft sich das deutsche Volk von der Arbeit des Bundestages? Und er antwortete, daß wir eine stabile Regierung, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung in einem gesicherten Privatleben aufrichten, unser Vaterland einer neuen Blüte und neuem Wohlstand entgegenführen. Mehr als drei Jahrzehnte später muß selbst der kritische Betrachter der politischen Szenerie feststellen, daß es in der Tat insbesondere in den ersten beiden Jahrzehnten gelungen ist, dem Erfordernis des Alterspräsidenten Löbe Rechnung zu

tragen. Denn wir haben einen freiheitlichen Rechtsstaat, der bereits bei der jüngeren Generation auszufern beginnt, da Freiheit sich bereits hier und da gegen das Recht zu wenden beginnt - also ein Übermaß - so scheint es - an Freiheiten.

Wir haben einen Wohlstand, wie er noch nie in der Geschichte unseres Volkes zu verzeichnen war und wie er - am Durchschnittslebensstandard der Europäer gemessen - in Europa einzigartig dasteht. Wir haben einen Sozialstaat, der - auch trotz gewisser Rückschläge - immer noch ein Leben frei von Not und Furcht in unserem Land garantiert. Das Verdienst an dieser Feststellung trifft in erster Linie den ersten und den zweiten Deutschen Bundestag! Denn es sind in jenen acht Jahren die Weichen gestellt worden, die Gleise gelegt worden, auf denen unsere Züge heute noch fahren, wenn auch hier und da mit lautem Knirschen und manchmal auch mit falsch gestellten Weichen.

Der 1. Deutsche Bundestag hatte ein Gemeinschaftsbewußtsein, eine Solidarität, wie man heute sagen würde, die trotz politischer Gegensätze im Grunde von den Kommunisten ganz links bis zur Deutschen Reichspartei ganz rechts alle zehn politischen Gruppierungen verband, so eine Art demokratischen Gemeinsinn, vielleicht auch eine Art „Wir sind noch einmal davongekommen“-Mentalität. Denn was sich da versammelte, kam aus den verschiedensten Richtungen, aus den Kriegsgefangenenlagern, aus den zerbombten Städten, aus den deutschen Ostgebieten, aus den Konzentrationslagern, aus den Gefängnissen, aus der Emigration. Diese Solidarität, wir haben alles noch einmal überstanden und nun laßt uns neu

beginnen, war ein besonderes menschliches Merkmal, das auch im mitnachbarlichen Verhältnis einzigartig war und heute kaum noch im 9. Deutschen Bundestag festzustellen ist. Zum zweiten überwog im 1. und auch im 2. Deutschen Bundestag die Summe der Praktiker, Menschen, die aus der Wirtschaft, aus der Wissenschaft, aus Handel, Handwerk, Gewerbe, Landwirtschaft, aus den freien Berufen kamen, Vertreter der Industrie, der Banken, der Versicherungen, Menschen mit jahrelanger Praxis standen der Gesetzgebung zur Verfügung. Schließlich ließ auch die Altersschichtung des 1. und des 2. Deutschen Bundestages erkennen, daß Lebenserfahrung damals noch großgeschrieben wurde.

Die beste Zusammensetzung eines Parlaments

Paul Löbe, Breslauer Landsmann, langjähriger Reichstagspräsident der Weimarer Republik, sagte mir im Geschäftsordnungsausschuß des 1. Deutschen Bundestages, in dem ich als junger Mann saß - wir hatten ja keine Grundlagen, wir mußten den alten Reichstagspräsidenten oft um Rat fragen, weil wir völlig neu beginnen mußten, auch mit der Geschäftsordnung des neuen deutschen Parlamentarismus: Die beste Zusammensetzung eines Parlaments sei eine Drittelung, ein Drittel die Meister, 60 Jahre alt und darüber, erfahrene Senioren, ein Drittel die Gesellen, so um die 45, 50 Jahre alt und ein Drittel die Lehrlinge, die so um 30, 35 Jahre alt im Parlament beginnen würden. Eine solche Zusammensetzung - so meinte er - gewährleiste das Weitertragen der Lebenserfahrung der älteren an die mittleren Jahrgänge und wiederum an die jüngeren, eine Art parlamentarischer Kontinuität.

Der erste Deutsche Bundestag hatte mehr als ein Drittel Senioren verständlicherweise; denn manche, die in der Weimarer Republik schon politisch tätig waren, dann aufhören mußten, begannen dann wieder von neuem, die mittleren Jahrgänge waren durch den Krieg dezimiert, die jüngeren Jahrgänge wuchsen erst langsam nach. Der erste Deutsche Bundestag hatte weit mehr als die Hälfte seiner Mitglieder aus den Jahrgängen über 50 bis 55 Jahre alt, die ältesten - wie gesagt - Paul Löbe und Konrad Adenauer mit 74 Jahren. Seit Anfang der sechziger Jahre tritt eine Verschiebung in der Zusammensetzung des Deutschen Bundestages ein, und zwar in jeder Richtung. Es überwiegen heute die Jungen, und die Senioren sind kaum noch ein Zehntel der Zusammensetzung des ersten Deutschen Bundestages. Der Älteste ist 75 Jahre alt, dann bald schon die 60er, und dann geht es herunter, ein großer Stamm noch von 50ern und dann mehr als die Hälfte 30, 35, 40 und 45 Jahre alt!

Gemessen am ersten und zweiten Deutschen Bundestag steht heute die Alterspyramide des Deutschen Bundestages kopf, aber nicht nur dieses unterscheidet die neuen Bundestage vom ersten und zweiten, auch die berufliche Zusammensetzung. Im 8. Deutschen Bundestag, der von 1976 bis 1980 amtierte, waren 169 Beamte, Professoren und Lehrer, 207 Angestellte des öffentlichen Dienstes, der Parteien und Gewerkschaften, insgesamt also 376, das heißt, zwei Drittel aller Parlamentarier des 8. Deutschen Bundestages kamen aus dem öffentlichen Dienst, aus den Verbänden, aus den Parteien, als Beamte oder als beamtete Funktionäre. Die Selbständigen aus der Wirtschaft, aus der Wissenschaft, aus Handel, Handwerk, Gewerbe, aus den freien Berufen machten nur noch 120 Parlamentarier aus, das heißt, knapp ein Viertel. Entsprechend ist auch in der Gesetzgebung von Mal zu Mal eine Entfernung von der Praxis des Lebens zu beobachten. Unsere Gesetze kranken mehr und mehr an Praxisferne, an

Entrücktheit, man hat manchmal den Eindruck, daß unser Staat nur noch den Politologen, den Soziologen und einigen freischaffenden Künstlern in der Gesetzgebung ausgeliefert wäre. Noch problematischer als die Entfernung aus dem praktischen Leben und die Entfernung aus der Lebenserfahrung ist das Überhandnehmen der Gewerkschaften. 1961 gehörten noch 202 Abgeordnete des Deutschen Bundestages oder 38,9 Prozent dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Einzelgewerkschaften an, 1980 sind es 327 Abgeordnete oder 63,1 Prozent.

Übergewicht der Gewerkschaften

Um nicht mißverstanden zu werden, ich halte die Gewerkschaften für einen unverzichtbaren Bestandteil unseres sozialen und demokratischen Rechtsstaates, das steht außer Zweifel! Die Frage ist nur, ob dieses Übergewicht der Gewerkschaften in der gesetzgebenden Körperschaft nicht einen Staat im Staate hervorgebracht hat. Jürgen Eick hat in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vor einem Jahr kritisch diese Frage beleuchtet und ist zu der Feststellung gekommen, daß die Gewerkschaftsfunktionäre gar nicht anders können als die Interessen ihrer Gewerkschaften zu vertreten.

Dazu sind sie von den Arbeitnehmern beauftragt, das Parlament dagegen ist vom ganzen Volk gewählt in freier und geheimer Wahl und muß die Harmonisierung aller Interessen, des ganzen Volkes in der Gesetzgebung vollziehen und nicht ein Übergewicht einzelner Interessen dulden. Wenn man noch bedenkt, daß führende Funktionäre der 16 Einzelgewerkschaften führende Positionen im heutigen Bundestag innehaben, dann muß man zwangsläufig zu der Feststellung kommen: wir sind in Gefahr, den Souveränitätsbegriff einer parlamentarischen Demokratie umzukehren; nicht mehr das frei gewählte Parlament scheint heute der allein entscheidende, am Gemeinwohl allein orientierte Gesetzgeber zu sein, sondern die Gewerkschaften im vorparlamentarischen Raum!

Aber selbst im Parlament üben sie eine politische Funktion aus, die weit über das vertretbare Maß des Syndikalismus in der parlamentarischen Demokratie hinausgeht. Wir werden nicht nur bei den Tarifauseinandersetzungen in der Wirtschaft, auch bei den kommenden, drohenden und nötigen Veränderungen auch unseres Sozialerbes feststellen, wie stark die Gewerkschaften sind und wie schwer manche Veränderung des Sozialerbes sein wird, weil man sich natürlich auf den sozialen Besitzstand berufen und seine Gewerkschaftsverpflichtungen zur Geltung bringen wird.

Abgeordnete als Staatsangestellte?

Die wichtigste letzte Fehlentscheidung in bezug auf die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages hat leider das Verfassungsgericht selbst zu verantworten mit der neuen Diätenregelung. Die neue Diätenregelung hat die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu quasi Staatsangestellten gemacht und sie zu Gehaltsempfängern des Staates degradiert. Sie hat sie außerdem auch in bezug auf die Versorgung so privilegiert, daß der Ansturm der jungen Studenten aus den Universitäten, die gerade ihr Examen gemacht haben, aus den Verbänden, aus den Parteien, nicht aufzuhalten sein wird.

Wir werden, wenn es so weiter geht, dank der neuen Diätenregelung ein Funktionärparlament bekommen, oft sachfremde Entscheidungen erleben, aber immer weniger die Verbindung des praktischen Lebens in den Gesetzen noch feststellen können. Und dennoch, trotz dieser kritischen Eingangsworte: Es sind am Beginn des 1. und 2. Deutschen Bundestages wesentliche Entscheidungen gefallen, von denen wir heute noch zehren, in parlamentarischen Auseinandersetzungen, in erbitterten Auseinandersetzungen, ich meine vor allem die wichtigste innenpolitische Entscheidung für die freie soziale Marktwirtschaft.

Es ging um die Frage, sollte Deutschland in seinen Trümmern mit seinen neun Millionen Vertriebenen, drei Millionen Sowjetzonenflüchtlingen, mit den vier Millionen Kriegsopfern, Witwen, Waisen aufgebaut werden nach dem sozialistischen Staatswirtschaftsprinzip, also nach der sozialistischen Planwirtschaft, wie die Sozialdemokraten, wie die Gewerkschaften es wollten, oder sollte eine freie soziale Marktwirtschaft im Sinne Röpkes, Rüstows, Hajeks, Ludwig Erhards Grundlage für den Wiederaufbau sein. Hätte man damals die Demoskopen befragt wie heute, so hätten sich sicher 90 Prozent für die aus dem Krieg schon gewohnte sozialistische Plan- und Staatswirtschaft entschieden, und es schien auch so, als wenn Ludwig Erhard allein auf weiter Flur stehenbleiben würde.

Denn Kurt Schumacher, damals wortgewaltiger Führer der Sozialdemokratischen Partei und bestechend in seinen scharfen Formulierungen, sagte zur freien sozialen Marktwirtschaft, sie sei „ein kapitalistischer Unternehmerballon, angefüllt mit den stinkenden Abgasen eines verwesenden Liberalismus“. Professor Erik Nölting, Wirtschaftsminister in der großen Koalition Karl Arnolds in Nordrhein- Westfalen, verkündete die Verelendung des Rhein-Ruhr-Gebietes und sechs Millionen Arbeitslose, wenn man der Irrlehre eines Spinnerprofessors da in Bonn - er meinte Ludwig Erhard - folgen würde, und dennoch, es gelang innerhalb der parlamentarischen Auseinandersetzungen erst im Wirtschaftsrat und dann im ersten Deutschen Bundestag, CDU/CSU, FDP und DP die freie soziale Marktwirtschaft durchzusetzen.

Die Sozialdemokraten brauchten immerhin zehn Jahre, bis sie dann 1959 im Godesberger Programm sich der freien sozialen Marktwirtschaft unter dem Einfluß von Heinrich Deist und Karl Schiller näherten. Man hat oft erklärt, der Aufbau Deutschlands sei eine Leistung unserer Arbeiter - so die Gewerkschaften - und daher haben wir auch am meisten zu fordern. Andere sagen, das alles sei die Leistung der Unternehmer und wiederum Dritte erklären, die Banken waren es, die Vierten meinen, der Verwaltungsapparat sei es und so wird heute natürlich nach dem Ursprung dieses sogenannten Wirtschaftswunders gesucht, das nicht in diesem Land, sondern draußen in der Welt als das deutsche Wirtschaftswunder bezeichnet wird.

Wer die Dinge objektiv bilanziert, muß sagen, keiner kann für sich das Alleinverdienst beanspruchen. Dieser grandiose deutsche Wiederaufbau in den 50er und 60er Jahren ist wahrlich eine Gemeinschaftsleistung des ganzen deutschen Volkes in allen Schichten! Der Fleiß des Arbeiters, sein Nachholbedarf, die Tüchtigkeit des Ingenieurs, des Technikers, die neue Methoden erfanden, an Stelle der demontierten Maschinen neue und bessere aufstellten, die Unrast unserer Außenhandelskaufleute, die die Außenhandelsmärkte wieder eroberten, die

Risikobereitschaft der Unternehmer, die keinen 8-Stunden-Tag kannten, eine maßvolle Gewerkschaft damals, die sich in den Forderungen am Gemeinwohl orientierte und schließlich auch ein Funktionieren des parlamentarischen Systems im Bund und den Ländern. Alles in allem, wahrlich, ohne pathetisch zu werden, eine Gemeinschaftsleistung des ganzen deutschen Volkes in den 50er, in den 60er Jahren, von der wir heute noch zehren - die Frage ist nur, wie lange noch.

Entscheidungen auf des Messers Schneide

Im außenpolitischen Bereich hat sich die parlamentarische Demokratie ebenfalls bewährt. Auch hier standen die Entscheidungen oft auf des Messers Schneide. 1950 schon die Frage, soll die Bundesrepublik Deutschland gemäß dem Vorschlag Winston Churchills dem Europarat beitreten, soll sich also die Bundesrepublik Deutschland nach Europa, nach Westen, orientieren, oder soll sie neutral bleiben, um, wie die SPD meinte, eine Wiedervereinigung mit dem anderen Teil Deutschlands nicht zu erschweren.

Auch hier fiel nach schweren Auseinandersetzungen die Entscheidung des Deutschen Bundestages mit den Stimmen der damaligen Regierungsparteien CDU/CSU, FDP und DP für den Beitritt zum Europarat. Bayernpartei und einige andere Gruppierungen, die es damals im ersten Deutschen Bundestag noch gab, verstärkten das Votum. Dagegen stimmten geschlossen nur die Sozialdemokratische Fraktion und die damals noch im Deutschen Bundestag vertretene Kommunistische Fraktion mit den 16 Abgeordneten unter Vorsitz von Heinz Renner und Max Reimarm.

Mitten in die Ausführungsbeschlüsse der Europapolitik platzte dann eine Moskauer Bombe: Stalin schickte unter dem 10. März 1952 den „Grundriß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland“, bekannt als die Stalinnote vom 10. März 1952. Da sich um diese Stalinnote eine Legendenbildung rankt - als wenn sie vorbeigegangen wäre am deutschen Volke, das Parlament gar nicht beschäftigt hätte und die Bundesregierung unter Adenauer damals eine Chance verpaßt hätte, lassen Sie mich mit einigen Bemerkungen darauf eingehen, zumal diese Stalinnote sich wahrscheinlich bald als neuer Vorschlag der Sowjets an die Bundesrepublik Deutschland wiederholen wird. Die Bundesregierung war damals gar nicht Adressat der Stalinnote vom 10. März 1952, wir standen noch unter dem Besatzungsstatut, wir hatten noch gar keine Erlaubnis, Außenpolitik zu betreiben. Dennoch hat sich die Bundesregierung auf Wunsch der Amerikaner, Engländer, Franzosen, die Adressat dieser Note waren, am 25. März mit diesem Vorschlag Stalins befaßt.

Die Meinungen waren geteilt, Jakob Kaiser war für eine Prüfung und für eine zustimmende Beantwortung, um die Entwicklung offenzuhalten; aber am Ende gab er nach, weil auch er sich überzeugen lassen mußte, daß ein wiedervereinigtes Deutschland zwischen Oder-Neiße und der Westgrenze, völlig neutralisiert, keinem irgendwie gearteten wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Bündnis angeschlossen, wohl langfristig dem Sog der großen kontinentalen Nachbarmacht Sowjetunion ausgeliefert sein müßte. Schließlich standen im Grundriß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland, wie ihn Stalin empfahl, auch einige Begriffe, die noch einer Interpretation bedurften, beispielsweise, was meint Stalin mit

demokratischen Wahlen, meint er Wahlen unserer westlichen Auffassung von Demokratie oder volksdemokratischer Auffassung? Wie meint Stalin die Beseitigung des Militarismus, des Faschismus, des Kapitalismus und des Imperialismus? Alles Formulierungen in seinem Friedensvertrag, die verschieden auslegbar sind.

Auch der Bundestag befaßte sich im Auswärtigen Ausschuß mit dem Stalin-Entwurf und entschied dann auf Grund eines Berichts am 3. April 1952 ablehnend, das heißt, die Bundesregierung sollte den drei alliierten Mächten, Amerika, Großbritannien und Frankreich, empfehlen, den Grundriß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland vom 10. März 1952 nicht anzunehmen. Entsprechend war auch die Antwort aus Washington, London und Paris an Moskau.

Lediglich die Kommunistische Partei stimmte gegen die Entschließung des Bundestages vom 3. April 1952. Es ist also nicht wahr, wie behauptet wird, der 1. Deutsche Bundestag und die damalige Regierung hätten eine entscheidende Chance zur deutschen Frage verpaßt und Adenauer hätte damals die Wiedervereinigung preisgegeben. Selbst Paul Sethe, damals hier in Hamburg als Journalist tätig und Autor eines Buches zu dieser Frage, hat 1956 die Frage, ob die Stalinnote eine Chance zur Wiedervereinigung war, nicht eindeutig beantwortet. Er meinte, man hätte sie näher prüfen sollen, ob Stalin wirklich die Wiedervereinigung ehrlich gemeint habe, mit allen auch von uns eingebauten Sicherungen gegen eine volksdemokratische Tendenz; das ließe sich natürlich erst feststellen, wenn man eines Tages Einblick in die sowjetischen Archive hätte. Aber auch Paul Sethe - ein engagierter Verfechter des Stalinvorschlages - kommt nicht zu einem letztgültigen Schluß, er wäre eine absolute Chance gewesen.

Einheit um den Preis der Neutralität

Nun, ich sagte eben, daß ich deswegen diesem Punkt einige Minuten widme, weil der Stalin-Vorschlag von 1952 wieder Auferstehung feiert. Betrachtet man die sowjetische Politik, so ist eine strategische gerade Stoßrichtung in der deutschen Frage zu erkennen von Lenin 1919 - „Wer Berlin hat, hat Deutschland, wer Deutschland hat, hat Europa“ - über die Stalinnote von 1952 - neutralisiertes Deutschland über den Reflex, den der österreichische Staatsvertrag von 1955 auf Deutschland ausüben sollte: Er sollte uns nämlich zeigen, wir könnten immer noch die Wiedervereinigung haben, wenn wir so neutral werden würden wie Österreich - zieht sich bis zu dem Entwurf, den Gromyko 1959 in Genf vorgelegt hat, ein gleicher roter Faden zur Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen zwischen Oder/Neiße und Westgrenze, aber um den Preis der absoluten Neutralität, Bündnisfreiheit, Bündnislosigkeit, wie man auch immer die einzelnen Formulierungen sprachtechnisch umkleiden kann.

Ich fürchte, daß sich vielleicht in den nächsten Jahren ähnliches wiederholen wird. In der „DDR“ wird mit großem Pathos das Preußentum mobilisiert, und die „DDR“ - der kommunistische Zwangsstaat - maßt sich an, das Erbe Preußens anzutreten. 1965 feierte man in Ost-Berlin die Parade deutsch-sowjetischer Brüderlichkeit zum 20. Jahrestag der Befreiung - wie es hieß - Deutschlands vom Hitler-Faschismus.

Da wir von der Bundesregierung auch etwas dagegensetzen wollten, haben wir in Berlin erstens eine Kabinettsitzung unter Vorsitz des Bundeskanzlers Ludwig Erhard veranstaltet, zweitens das Monnet-Komitee aus der ganzen EWG - damals noch sechs Staaten - in Berlin zusammengerufen, benannt nach Jean Monnet, dem Vater der Montanunion und der westeuropäischen Integration.

Die Regierungschefs, die Vertreter der Fraktionen aller sechs Staaten, traten im Schöneberger Rathaus zu einer feierlichen Sitzung zusammen. Ich habe mich entschuldigen müssen, weil ich im Ministerbüro mit dem Staatssekretär die Direktübertragung aus Ost-Berlin erleben wollte, die Parade der deutsch-sowjetischen Brüderlichkeit zum 20. Jahrestag - 8. Mai 1965. Nach der Begrüßung der einzelnen Blocks, Marineschule Gneisenau mit dreifachem Hurra, Heerschule Scharnhorst mit dreifachem Hurra, Abfahren der Front, leitete der Sprecher wie folgt ein: „Wir beginnen die Parade der deutsch-sowjetischen Bruderschaft zur Erinnerung an die Befreiung vom faschistischen Hitler-Joch mit dem Yorckschen Marsch von Ludwig v. Beethoven.“

So verbindet sich, sagte der Sprecher, der Genius Ludwig van Beethovens mit dem Freiheitshelden von Tauroggen. Damals - so der Sprecher wiederum - Befreiung Preußens und Deutschlands von Napoleonischen Joch, heute Befreiung Westdeutschlands vom Imperialismus und Kapitalismus der Amerikaner. Und die ganzen zwei Stunden durchzog die ganze Parade jene Symbiose Preußentum - Befreiung Deutschlands, Einheit unter dem, wie es hieß, Sozialismus. Wenn ich mir die anti-amerikanische Propaganda in Teilen der westdeutschen Jugend vor Augen halte, die Art, wie in den Medien jede Amerika belastende Meldung multipliziert wird - auch in der Nachrüstungsfrage, wirklich die Perspektiven völlig verstellt werden -, dann frage ich mich, wie in zehn Jahren die Jugend der sozialdemokratischen Partei, die Jungdemokraten der Freien Demokratischen Partei, die Gewerkschaften, die Universitäten, viele Politologen, Professoren, ja sogar Theologen, entscheiden würden, wenn dann im Jahre 1985 oder 1990 von Moskau ein erneuter Vorschlag gemacht würde, die beiden Teile Deutschlands in einer Konföderation zu verbinden,

Berlin als Hauptstadt, die Mauer fällt, einzige Bedingung: Lösung aus der Europa-Integration, Lösung der Bundesrepublik aus der NATO und natürlich Abzug aller Truppen, die Sowjets ziehen sich aus der „DDR“ zurück, die Amerikaner, Engländer, Franzosen müssen die Bundesrepublik Deutschland räumen.

Ich habe Sorge, daß wir bereits in einer Vorbereitungsphase leben, in der durch Moskau und Ost-Berlin geschickt der nächste Vorstoß zur Neutralisierung Deutschlands und damit zur Auflösung des Atlantischen und Europäischen Bündnisses gestartet wird. Daher habe ich Ihre Aufmerksamkeit auf diese kontinuierliche sowjetische Deutschlandpolitik von 1919 über Stalinnote, Gromyko bis zur gegenwärtigen preußischen Begeisterung Honeckers - gewissermaßen als Einfügung - gelenkt. Die Legende, es hätte früher keine Ostpolitik gegeben - sie wird durch die Medien oft verbreitet, auch sie wird nachgebetet -, ist leicht zu widerlegen, wenn man in der Schule Geschichtsunterricht geben würde. Adenauer hat als erstes außenpolitisches Thema den Besuch in Moskau damals angesetzt.

Nicht zur Freude der Amerikaner, Engländer und Franzosen fand seine erste Reise im August 1955 nach Erreichung der Souveränität durch den Deutschland- Vertrag nach Moskau statt, mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Herbst 1955. Mikojan erschien im April 1958 mit einer großen Delegation in Bonn, auch mit jenem Herrn Semjonow, damals noch als junger Mann, der jetzt der sowjetische Botschafter in Bonn ist.

Und Mikojan schloß mit uns einen deutsch-sowjetischen Handelsvertrag, ein deutsch-sowjetisches Kulturabkommen, die Moskauer Philharmoniker kamen hierher, der Moskauer Staatszirkus, das Bolschoi-Theater, und wir schickten sogar Max Greger und Kurt Edelhagen (zwei moderne Orchester) nach Kiew, Leningrad, Moskau, die mit großem Erfolg in der Sowjetunion auftraten - also weit vor den Ostverträgen hat es politische und diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Abmachungen und Beziehungen gegeben.

Es bedurfte nicht erst eines neuen Abschnittes, wie er 1969 eingeleitet wurde. Und auch 1961 - nach dem Bau der Mauer - stand die Uhr nicht still, 1963 kamen die Passierscheine in Berlin, 1964 die Rentnerreisen, die übrigens noch genauso laufen wie damals, es hat sich trotz des Grundlagenvertrages, trotz der Hoffnungen, die man erweckte, nichts geändert, nach wie vor muß man als Frau 60 Jahre alt werden, als Mann 65, bis man aus der „DDR“ in die Bundesrepublik Deutschland reisen kann. Von Änderungen an der Zonengrenze ganz zu schweigen, weder Aufhebung des Schießbefehls, noch Durchlässigkeit mit vielen Grenzübergängen! Man hat vielmehr die Tötungsmaschinen eingebaut, die ein permanentes Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind!

Verpaßte Chance der deutschen Frage

Lassen Sie mich vielleicht noch eine letzte Chance, die wir wirklich als verpaßte Chance der deutschen Frage historisch werten können, noch erwähnen, aber verpaßt nicht bei uns: das ist der verhinderte Besuch Chruschtschows 1964 in Bonn. Die Sowjets waren den Gegenbesuch für den Besuch Adenauers 1955 in Moskau längst schuldig. Die Bundesregierung unter Ludwig Erhard hatte Chruschtschow mit einer großen Delegation nach Bonn eingeladen. Der Schwiegersohn Chruschtschows, Herr Adschubej, war bereits eingetroffen, gewissermaßen als Quartiermacher.

Der Bundeskanzler Ludwig Erhard beauftragte mich, mit dem Botschafter Smirnow und Adschubej mögliche Gesprächsthemen zu behandeln, weil er selbst sich nicht festlegen wollte.

Ich hatte ein gutes Verhältnis zum sowjetischen Botschafter in vielen Fragen, und Ludwig Erhard sagte, Bundeskanzler Adenauer hatte bereits empfohlen, daß wir den Sowjets große wirtschaftliche Leistungen zuteil werden lassen könnten - gewissermaßen als Wiedergutmachung. Ja, wir sind sogar bereit, wirtschaftliche Opfer zu bringen, wenn dafür in Mitteldeutschland schrittweise mehr Freiheit für die Bevölkerung eintreten könnte. Ludwig Erhard erklärte wörtlich: „Sagen Sie Herrn Adschubej, die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, mit Milliardenkrediten auf lange Fristen in der Sowjetunion die chemische Industrie, Kunststoffindustrie, Textilindustrie, Konsumgüterindustrie aufzubauen, wir haben schon - das

war damals die Zahl - 40 Milliarden Wiedergutmachung an den Staat Israel geleistet. Wir sind bereit, mit einer ähnlichen Zahl langfristig den Lebensstandard der sowjetischen Bevölkerung zu heben, wenn damit Mitteldeutschland wieder mit der Bundesrepublik Deutschland vereinigt werden könnte; aber wir sind nicht bereit, Rechtspositionen preiszugeben!“

Nach der Abreise Adschubejs fand im August 1964 ein Säureattentat auf einen deutschen Techniker der sowjetischen Botschaft in Moskau statt. Als er im Kloster Sagorsk von einigen Männern etwas nah bedrängt war, spürte er an seinen Oberschenkeln etwas an Flüssigkeit und auch einen fauligen Geruch. Es stellte sich heraus, daß Senfgas, Chlorgas gegen den Mann verwendet worden war, um Störungen in das Verhältnis zwischen Moskau und Bonn zu setzen. Es gelang, den schwerverletzten Techniker der Sowjetbotschaft auszufliegen und ihm das Leben zu retten. Die Bundesregierung wußte, daß dies ein absichtlicher Akt war, um uns zu veranlassen, Chruschtschow auszuladen.

Auf Vorschlag des Außenministers Schröder entschieden wir, uns so zu verhalten, als wenn nichts geschehen wäre. Später erfuhren wir, daß die Paraphe an der Order für das Attentat das „B“ Breschnews getragen haben soll, und in der Tat, Breschnew war am 6. Oktober 1964 in Berlin, Ulbricht bangte sehr, er spürte, daß einiges in Bewegung kommen könnte, wenn Chruschtschow nach Bonn käme. Breschnew beruhigte offensichtlich Ulbricht, daß Chruschtschow nicht nach Bonn kommen würde; und so geschah es auch. Am 14. Oktober 1964 wurde Chruschtschow in Moskau gestürzt. Die Falken hatten im Kreml die Oberhand bekommen. Ich glaube, daß das vielleicht noch eine Chance gewesen wäre, mit dem „Schmied aus Kalinowka“, diesem rustikalen, lebensnahen, temperamentvollen Mann ins Geschäft zu kommen, wenn man ihm große wirtschaftliche Vorteile bot, für die er entsprechend in der „DDR“ einiges fahren lassen sollte. Ulbricht stand damals nicht in günstiger Position, Adschubej meinte damals: „Mein Schwiegervater mag den Ulbricht ohnehin nicht, mit Stoph würde man viel besser zusammenarbeiten können - auch in Bonn!“

1969 - eine völlige Kehrtwendung

Das ist die Geschichte - 1969 tritt auch im Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland eine völlige Kehrtwendung ein. Die Wahlen im Jahre 1969 bringen für Kiesinger einen großen Wahlerfolg; bis auf sechs Mandate verfehlt der Bundeskanzler Kiesinger mit seiner CDU/CSU die absolute Mehrheit, nur sechs Mandate trennen ihn davon. Die SPD erreicht unter Brandt als Vizekanzler und Außenminister in der Großen Koalition einen Erfolg, die FDP hat das schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte mit 5,8 Prozent - fast halbiert, nur noch 29 Abgeordnete! Nun war es seit 1949 selbstverständlich - nicht in Geschäftsordnungsnorm oder gar Verfassungsnorm, sondern in etwa 100 Jahren üblicher Parlamentsnorm, daß die stärkste Fraktion die Initiative zur Regierungsbildung übernahm. So war es 1949 - Kurt Schumacher dachte gar nicht daran, mit der FDP oder der DP zu verhandeln, er hatte gerade nur 29 Prozent, und Konrad Adenauer hatte 32 Prozent am 14. August 1949 erhalten.

Und so war es eben - wenn Sie so wollen - der Wählerauftrag an die stärkste Partei, sich um die Regierungsbildung zu bemühen, so war es 1953, 1957, 1961, 1965 unbestritten, meistens

auch mit einigen Ausnahmen in den Ländern. Wo man versucht hatte, die stärkste Partei durch ein Bündnis aller anderen auszutricksen, wie mal in Hamburg oder in Bayern, ging das baldigst schief. Hier aber nach der Wahl 1969 vollzog man etwas Neuartiges! Ich möchte es nennen: einen „parlamentarischen Staatsstreich“. An der stärksten Partei vorbei, ohne Befragung der dazu nötigen Gremien der beiden Partner, schloß man gewissermaßen die nächtliche Koalition des Bonner Venusberges durch Brandt und Scheel gegen die stärkste Partei. Ich erinnere mich noch, daß 1966 Heinz Kühn in Düsseldorf sagte, da Franz Meyers, CDU, Ministerpräsident, und Willi Weyer, FDP, Innenminister, zusammen nur 101 Mandate erreichten, Heinz Kühn von der Sozialdemokratischen Opposition aber 99: „Wenn die beiden Verlierer, die beiden Fußkranken dieser Wahl, weitergehen mit nur 2 Mandaten Mehrheit gegen uns, die stärkste Partei an Rhein und Ruhr, so ist das eine Verfälschung des Wählerwillens, eine Mißachtung des Wählerwillens, eine Sünde wider den Geist der Parlamentarischen Demokratie!“

So tönte es 1966! Nun, diesmal war es offensichtlich keine Sünde, sondern der parlamentarische Handstreich war gelungen. Widerstände wurden auf eine sehr einfache Art beseitigt. Wer dagegen war, wurde entweder Bundesminister für Landwirtschaft und Forsten, oder Staatssekretär, oder Botschafter, oder EG-Kommissar. Es gibt auch eine Korrumpierung durch Ämter und Orden - nicht nur mit Geld! So war schließlich der parlamentarische Handstreich geglückt, und mit ihm begann ein Niedergang des deutschen Parlamentarismus, wie er in den ersten 20 Jahren unmöglich schien.

Nachahmer in den Ländern

Ich will jetzt nicht in das dunkle Kapitel des Stimmenkaufs bei dem konstruktiven Mißtrauensvotum von 1972 zurückkommen, mir genügt es, festzuhalten, daß diese damalige neue Art, gegen die stärkste Partei zu koalieren, leider auch Nachahmer fand in den Ländern, in Hessen, in Berlin, eine ganze Zeit in Niedersachsen, eine ganze Zeit in Nordrhein-Westfalen, und das Berliner Schauspiel ist ja gegenwärtig, so daß man allmählich an den parlamentarischen guten Sitten verzweifeln kann; aber böse Beispiele wie von 1969 im damaligen parlamentarischen Staatsstreich gegen die stärkste Partei verderben gute Sitten, natürlich auch in den Ländern.

Die Bilanz der letzten dreißig Jahre ist in vielen Fällen negativ, in einigen positiv! Lassen Sie mich nüchtern zunächst bei den Minuspunkten beginnen: 1. Ich habe den Eindruck, daß wir in der deutschen Demokratie zu sehr von einer Gesetzgebungsmanie getrieben werden, alles und jedes in Gesetzesform zu bringen, im Gegensatz zu England, das vielmehr praktischem Leben Raum läßt, gegenüber Frankreich und Italien sind wir in der Bundesrepublik Deutschland die fleißigsten Gesetzgeber. Geradezu eine Gesetzgebungswut hat Bonn erfaßt, und man ist stolz darauf, wenn der Bundestag am Ende einer Wahlperiode 300 oder 400 Gesetze verabschiedet hat. Je mehr Gesetze von einem Parlament verabschiedet werden, um so schlechter ist die Demokratie, in der dieses Parlament diese Massenarbeit zu leisten hatte - und dann was für Gesetze! Noch nie hat es so viele Novellen im Wettlauf gegeben wie seit zehn Jahren.

Durch eine zu schnelle und eine oberflächliche Gesetzgebung, durch die Entfernung vom praktischen Leben der 50er und 60er Jahre, durch die Eliminierung vieler Fachleute aus Wirtschaft, Gesellschaft, aus den freien Berufen und durch das Überhandnehmen der Funktionäre, der Verbände und der Vertreter nur bestimmter Interessentengruppen bekommen wir ein Gesetzeswerk, das eben mehr der Politologie und Soziologie als dem praktischen Leben angenähert ist.

Dabei sind wir Deutsche doch längst gewarnt. Oswald Spengler hat in einer berühmten Rede 1924 an die Würzburger Studenten gewarnt vor der in Deutschland überschätzten Theorisiererei und die Studenten angemahnt, mehr der Praxis, dem wirklichen Leben sich zuzuwenden. Er sagte: „Was ist das hier für ein Land, da studieren, promovieren, habilitieren Leute über ein staatspolitisches oder verfassungsrechtliches Thema, ohne die Organisation und Funktion eines Reichsministeriums zu kennen. Da habilitieren sich Professoren, da promovieren Doktores über volkswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche, technische Fragen, ohne je ein Hüttenwerk von innen gesehen zu haben.“

Nun, meine Damen und Herren, sehen Sie sich mal heute die Bürgerschaften, die Landtage und den Bundestag an, da sind viele, die noch nie praktisch in einem Berufszweig Erfahrungen sammeln konnten; aber sie sind bestimmt, für uns alle verbindliche Gesetze zu beschließen. Und das sieht dann so aus - wie mit der Trennscheibe - kaum hatte eine große Zeitung die Taximorde auf die ersten Seiten gebracht, da hieß es, jetzt müssen wir was tun, und die Trennscheibe wurde eingeführt, pro Taxe 1.200 DM für das Einsetzen der Trennscheiben. Als Fachleute sagten: „Das ist gefährlich“, da werden sich die Leute dann plötzlich beim Bremsen Gesichtsverletzungen zuziehen, die Trennscheibe ist Unsinn, England hat ein anderes Taxisystem, wir können es nicht nachmachen, hieß es, es bleibt dabei. Erst, als Peter Frankenfeld in Hamburg sich schwer verletzte, da kam's wieder auf die erste Seite der großen Zeitungen, und nun wurde die Trennscheibe für das gleiche Geld wieder ausgebaut. Praxisfern! - Ein etwas erheiternderes Beispiel: Als 1965 die ersten Mädchen in den Bädern „oben ohne“ liefen, sagte der damalige Wohnungsbauminister, das ginge nicht, es müsse was geschehen, und hat Artikel 1 und viele andere Artikel in einer Kabinettsitzung angeführt - Schutz von Ehe und Familie, und wir haben eine ganze Stunde über das Problem „oben ohne“ in den deutschen Freibädern diskutiert.

Schließlich sagte Herr Lücke: „Herr Bundeskanzler, fragen Sie doch mal, was der Höcherl sagt, der Höcherl ist doch der zuständige Innenminister, wir brauchen eine gesetzliche Regelung oder Verordnung gegen diesen Unsinn.“ Da sagte der Bundeskanzler Professor Erhard: „Herr Höcherl, nun, was sagen Sie dazu? Was wollen Sie tun?“ Herr Höcherl, in der ihm eigenen Art: „Nichts, Herr Bundeskanzler.“ „Aber, Herr Höcherl, Sie müssen doch dagegen etwas tun“. „Man muß den Anfängen wehren“, sagte Lücke. „Nein“, sagte der Höcherl, „ich warte auf den lieben Gott! Der liebe Gott hat es so eingerichtet, Herr Bundeskanzler, daß von zehn Frauen höchstens zwei so herumlaufen können, die anderen acht werden schon dafür sorgen, daß das wieder verschwindet. - Ich, Höcherl, denke gar nicht daran, mit einem neuen Zwickelerlaß mich so lächerlich zu machen, wie seinerzeit der preußische Innenminister Bracht, von dem der Brachtsche Zwickel für viele Kabarettis genügend Stoff bot.“

Stopp der Gesetzgebungswut

Gesetzgebungswut, zu viele Gesetze, zu theoretische Gesetze, viele Novellen, das ist etwas, was kritisch anzumerken ist. Aber was ist dagegen zu tun? Es müßte das Kabinett einen sogenannten Gesetzgebungsausschuß bilden aus drei Ministern und dem Kanzleramt. Es muß geprüft werden, wenn ein Referent einen Referentenentwurf dann auf den Tisch legt, ob die Materie überhaupt gesetzlich geregelt werden muß. Und auch im Parlament müßte im Ältestenrat oder beim Präsidenten ebenfalls ein kleiner Ausschuß aus allen drei Fraktionen eingesetzt werden, der prüft, ist dieses Gesetz überhaupt notwendig, ist es jetzt notwendig oder können wir nicht die praktische Entwicklung abwarten?

Also - Stopp der Gesetzgebungswut, Einführung einer Schleuse, um die Gesetzgebungsflut des Deutschen Bundestages und der Landtage einzudämmen. Zweitens entsteht natürlich die Bürokratie, auf die alles schimpft, nicht durch die Bürokraten, die sich selbst zeugen. Der Gesetzgeber, der ist schuld daran! Denn die Gesetze haben zur Folge, daß sie auch ausgeführt werden müssen und entsprechende Ausführungsorgane brauchen. Wenn Kurt Tucholsky immer mehr recht hat, deutsches Schicksal „vor dem Schalter zu stehen“, deutsches Ideal „hinter dem Schalter zu sitzen hat“, wenn wir heute in Europa den höchsten prozentualen Anteil aller Staaten der Europäischen Gemeinschaft an Bürokraten haben, dann ist das eine Schuld nicht der Ministerialbürokratie, sondern der Gesetzgebungsorgane, die sich nicht gezähmt, die sich nicht weise beschränkt haben. Dort muß die Bürokratie eingedämmt werden, an der Quelle der Gesetzgebung!

Drittens, das Thema des Parlamentarismus wird laufend demontiert. Was ist das Wesen des Parlamentarismus? Doch die Überzeugung, daß durch Rede und Gegenrede, durch Argument und Gegenargument im Lichte der vollen Öffentlichkeit die relativ beste Lösung gefunden wird im Sinne dann einer Mehrheitsentscheidung, die auch für die Minderheit verbindlich ist. So die geistige Grundlage des heutigen Parlamentarismus.

Schwache Führungsfunktion

Wo haben wir denn noch im 8. und 9. Bundestag jene freie Rede mit dem Willen, einen zu überzeugen und mit der Bereitschaft eines anderen, sich überzeugen zu lassen? Es ist doch so, und war es auch heute wieder im Parlament: Es sprechen die Vorsitzenden oder - wie man oft sarkastisch sagt - die Vorturner, und die Riege sitzt mit 480 Abgeordneten still und stumm als applaudierende Fraktion dahinter. Da ist es in Straßburg anders, sowohl im Parlament, wie im Europarat. Da spricht man vom Platz, kann sich jederzeit zu Wort melden, sitzt auch nicht in Fraktionen, sondern alphabetisch, jeder hat zehn Minuten, spricht er für eine Gruppe oder Delegation, 15 Minuten. Sind zu viele gemeldet, werden es acht, aber mindestens fünf Minuten, das sind zwei Schreibmaschinenseiten.

Jeder darf im Straßburger Europarat sprechen. Da entsteht eine lebendige Diskussion, ein Austausch von Meinung und Gegenmeinung. Wer also dem Deutschen Bundestag Gutes tun will, beseitige das Reden vom Pult (das darf nur für besondere Anlässe noch gestattet sein), gebe jedem Abgeordneten, die möglichst alphabetisch gesetzt werden, ein Mikrofon und gebe

jedem die Möglichkeit, bei jeder Sache sich zu Wort zu melden mit zehn Minuten Redezeit. Dann bekommen wir wieder einen Parlamentarismus, und dann werden auch die Plenarsäle besser gefüllt sein als jetzt, wo man ja ohnehin nicht hinzugehen braucht. Denn die Entscheidungen fallen ja bereits in den Parteibaracken. In den Büros, im Plenum wird nichts mehr geändert, und wenn - wie heute - fünf SPD-Abgeordnete aus der Reihe tanzen, ist das morgen für die gesamte deutsche Presse eine Sensation; dabei ist es das normale parlamentarische Spiel, daß Abgeordnete gelegentlich auch eine eigene Meinung haben und sich nicht von den Fraktionskettenhunden programmieren lassen. Viertens, die Führungsfunktion der Bundesregierung ist immer schwächer geworden. Was meine ich damit?

Unser Grundgesetz gibt dem Kanzler eine außerordentlich starke Funktion; nur er kann gestürzt werden durch Wahl eines neuen Kanzlers, kein Minister kann hinausgeschossen werden, anders als in Weimar hat der Bundeskanzler die Richtlinien-Kompetenz, aber auch eine Führungsfunktion wahrzunehmen; die hat Adenauer wahrgenommen. Als wir 1955 zum ersten Mal über die deutsche Wehrpflicht diskutierten, faßten wir Jüngeren uns an den Kopf und sagten: „Wir sollen die Wehrpflicht beschließen, nicht einmal Hitler hat es gewagt, Herr Bundeskanzler, sofort die Wehrpflicht einzuführen, obgleich er die Reichswehr hatte im Jahre 1933; die hat er erst aufgestockt von 100.000 auf 300.000 Mann, und erst 1935 hat er dann die Wehrpflicht mit einem Jahr eingeführt und 1936 auf zwei Jahre erweitert. Und Sie wollen aus dem Nichts heraus die Wehrpflicht einführen?“ Alle Kollegen der Regierungskoalition haben Adenauer entschieden widersprochen. Und Adenauer sagte: „Wir brauchen die Wehrpflicht, sehen Sie sich an, was drüben geschieht, die Generale von Lenski, Lattmann, Vincenz Müller, Dr. Korfes haben drüben eine Volksarmee aufgebaut, wir haben nichts, wir haben den Bundesgrenzschutz mit viel Mühe zustandegebracht.“

Ich werde diese Wehrpflichtnovelle, diesen Gesetzentwurf einbringen und dann können Sie ja sehen, ob Sie mich als Kanzler haben wollen oder nicht.“ Und siehe da, die drei Regierungsfractionen haben die Gesetzgebung für das Wehrpflichtgesetz beschlossen. Es kam der Ungarische Volksaufstand, der im Grunde genommen Adenauer im Oktober 1956 bestätigte, und 1957 gewann Adenauer die Wahl mit einer bisher einmaligen Überlegenheit seiner Partei in den letzten 30 Jahren. Er hat sich als Kanzler eben in die Führungsfunktion seiner Richtlinienkompetenz begeben und sich sogar gegenüber allen seinen Fraktionsführungen durchsetzen müssen. Ein zweiter Fall: 1965 war die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel gestellt. Barzel - aus New York gekommen - sagte: „Wir müssen jetzt diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen.“ Herr Schröder als Außenminister sagte: „Nein, das ist zu früh.“

Die FDP als Koalitionspartner sagte ebenfalls nein - die vier Minister der FDP waren dagegen. Und als wir an einem März-Sonntag im Auto nach Hause fahren von den Veranstaltungen der deutsch-jüdischen Versöhnung, die immer im März stattfinden, hieß es plötzlich, der Bundeskanzler Ludwig Erhard habe die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Staat Israel verfügt. Große Erregung am nächsten Tag, Schröder war dagegen, die vier FDP-Minister waren dagegen, denn natürlich war mit dem Abbruch der Beziehungen aller 16 arabischen Staaten zu rechnen. Ludwig Erhard sagte: „Ich habe diese Entscheidung auf Grund

meiner Richtlinien-Kompetenz getroffen, und, meine Herren, Sie können ja zurücktreten, wenn Sie der Meinung sind, der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers nicht mehr folgen zu können.“

Niemand ist zurückgetreten, weder der Außenminister, Herr Dr. Schröder, noch wir. Sehen Sie, hätte sich der Bundeskanzler Schmidt vor drei Jahren, vor vier Jahren, im Bundestag hingestellt und zu der Energiefrage klare Erläuterungen gegeben, daß wir ebenso die Kohle brauchen wie das Öl, wie die Kernkraft, daß wir ohne die Dreiheit dieser Energien nicht auskommen, hätte entsprechend die Bevölkerung aufgeklärt und dann erklärt, ich verfüge jetzt den Bau der Kernkraftwerke in Zusammenarbeit mit den Ländern, hätten wir uns vieles ersparen können einschließlich des großen Skandals um Brokdorf, der bis nach Hamburg zurückgeschlagen hat.

Aber es ist nicht geschehen, man lavierte, man wollte niemandem wehe tun, und durch ständiges Lavieren ist eine wesentliche Entscheidung seit Jahren überfällig! Oder die Rentenfrage: Jedermann weiß, daß die Renten auf die Dauer in dieser Höhe nicht gezahlt werden können.

Das wußte man schon bei der Bundestagswahl 1976. Es ging zwar ein Arbeitsminister über Bord, aber die Rentner blieben im unklaren. Das wußte man 1980, die Opposition hatte es erläutert, diesmal ging niemand über Bord, und dennoch weiß jeder, daß bei der Zahl der Geburten, die sich bei uns rückläufig entwickelt hat, viele Jahre seit 1966, wir von 1986 an nicht mehr eine Million junge Männer und junge Frauen haben, die in den Arbeitsprozeß treten mit 20 Jahren nach ihrer Ausbildung, sondern nur noch 500.000. Das heißt, über 15, 16 Jahre haben wir statt jährlich einer Million Zuwachsrate an Arbeitskräften nur noch die Hälfte.

Die Zahl der Rentner wächst aber kontinuierlich dank der hohen Lebenserwartung, so daß jetzt noch zwei Arbeitende für einen Rentner arbeiten müssen, in zehn Jahren wird einer, der im Arbeitsprozeß steht, einen Rentner ernähren müssen. Glauben Sie, daß das in dieser heutigen Systematik möglich ist? Also sagen wir's doch der Bevölkerung, sagen wir, daß wir mit einem solchen Geburtenabfall seit 1966 nicht rechnen konnten und daß ab 1966 bevölkerungspolitische Entwicklungen zu beklagen sind, die uns für die nächsten Jahre noch erheblich belasten werden. Aber nein, auch hier weicht der Kanzler aus, obgleich er und nur er von der Verfassung her nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, der Nation die Wahrheit zu sagen, die reine Wahrheit.

Was hat doch Churchill für einen anderen Rang gehabt, als er 1940 nach dem Zusammenbruch Frankreichs seiner Bevölkerung auf den Trümmern in London sagte: „Ich kann euch nichts versprechen, nur drei Dinge: Blut, Schweiß und Tränen.“ - Hier zeigt sich der Staatsmann. Wie sagte doch Sir William Gladstone: „Was unterscheidet einen Politiker von einem Staatsmann? Ein Politiker denkt immer nur an die nächsten Wahlen, ein Staatsmann denkt an die nächste Generation.“ Bei uns wird in Bonn zu viel an die Wahlen gedacht in den letzten zehn Jahren und zu wenig an die nächste Generation.

Experimente mit der Wirtschaft

5. Die Marktwirtschaft wird relativiert durch Staatseingriffe. Steuern, die natürlich notwendig sind, werden dann problematisch, wenn sie konfiskatorischen Charakter haben, wenn die Leistung nicht mehr lohnt, wenn der Antrieb für die Leistung vom Staat einfach weggesteuert wird. Oder wenn der Staat experimentiert, ja noch möglichst das sogar zum Ausdruck bringt und sagt, wir wollen die Wirtschaft auf ihre Belastbarkeit prüfen. Das sieht dann so aus: Ein Unternehmer stellt eine Maschine auf für eine Million DM, dann muß er 100.000 DM Investitionssteuer bezahlen, so Mitte der 70er Jahre. Der Nachbar hat gewartet, macht dasselbe ein Jahr später, der bekommt 75.000 DM Investitionsprämie. Die gleiche Regierung hat binnen dreier Jahre einmal eine Belastung der Investitionen durch eine 10%ige Investitionssteuer beschlossen und dann eine Entlastung - ja sogar eine Prämie - mit einer 7,5%igen Investitionsprämie.

Dabei weiß doch jeder Praktiker vom Reißbrett, eine Maschine zu entwerfen bis zu ihrer Aufstellung vergehen zwei Jahre. Wie sollen die mittelständischen Unternehmer investieren - langfristig planen -, wenn die Regierung selbst dauernd konfiskatorische steuerliche Eiertänze vollzieht?

Und schließlich das soziale Netz, auf das ja viele so stolz sind: Die FDP hat einen Grund, heute stolz zu sein auf ein Jahr, nämlich 1957. Da hat Reinhold Meyer gesagt, als CDU/CSU und SPD die Dynamisierung der Renten beschlossen: „Meine Herren, Sie werden das nicht durchhalten.“ Der schwäbische Ministerpräsident sprach aus seiner Lebenserfahrung. „Diese Dynamisierung ist nur in Schönwetterzeiten zu verkraften, kommen mal Rückschläge, werden Sie mit Ihrer Dynamisierung ein blaues Wunder erleben.“ Und die FDP-Fraktion hat 1957 als einzige Fraktion die Dynamisierung der Renten abgelehnt.

Währungsreform im europäischen Gewand?

Wir haben ein Lohnfortzahlungsgesetz beschlossen, von dem seit 15 Jahren jedermann weiß, wie es mißbraucht wird. Denn selbstverständlich führen wir jeden Arbeiter in Versuchung, wenn wir ihm sagen: Bleibst du gesund, meldest dich nicht krank, stehst durch, nimmst deinen normalen tariflichen Urlaub, bist du ein guter Mann. Bist du aber krank, 14 Tage, feierst du krank, mußst nicht unbedingt krank sein, bekommst du über den Jahreslohnsteuerausgleich 600 DM mehr als dein Kamerad zur Seite. Das heißt, der also krank war, kriegt den vollen Lohnausgleich, aber auch der, der krank feierte, kriegt den vollen Lohnausgleich und kriegt überdies dann noch die Prämie.

Ja, wundern wir uns über den hohen Krankenstand speziell Oktober, November, Dezember, wenn es zum Jahresende geht und jeder am Bau noch schnell seine 14 Tage genommen haben muß. Der Gesetzgeber ist schuld, der hier den Arbeiter in Versuchung führt durch diese Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, verbunden mit einer Jahreslohnsteuerausgleichsprämie, nicht der, der dann davon Gebrauch macht. Oder Arbeitslosengeld. Endlich höre ich, das Arbeitslosengeld soll gesenkt werden. Ja, hat man denn nicht längst gemerkt, daß bei einem Arbeitslosengeld von 68 Prozent Netto des letzten Bruttoeinkommens es doch eine schöne

Sache ist, ein Jahr lang diese Wohltat zu genießen, nämlich 68 Prozent Netto des letzten Bruttoeinkommens zu kassieren und dann werden wir weitersehen? Man mußte doch wissen, daß es ein viel zu hoher Ansatz ist, mit dem man manchen in Versuchung führt. Jetzt, da die Kassen leer sind, da wir die höchste Schuldenlast in unserer Geschichte haben, da möglicherweise die dritte Währungsreform vor der Haustür steht, natürlich im europäischen Gewande, man wird nicht so dumm sein wie 1923 oder 1948, nein, man wird am Freitag sich in Bewegung setzen - nach Paris möglicherweise, vielleicht auch nach Rom, oder vielleicht nach London -, und am Montag bleiben alle Banken und Sparkassen geschlossen, und am Mittwoch erfahren die Leute in der Europäischen Gemeinschaft, daß sie für 10 DM zwei Euromark bekommen, und die Franzosen entsprechende Eurofrancs und die Engländer Euro-Pounds, zu deutsch, es wird uns durch die Medien sogar noch klargemacht werden, daß es eine Harmonisierung der europäischen Währung ist, wenn die nächste Abwertung kommen wird.

Ich bin hier kein Fachmann, aber wenn ein so großer Fachmann wie der anerkannte Finanzwissenschaftler in der letzten „Welt am Sonntag“ so dramatisch gewarnt hat, Professor Dr. Schmolders, 77 Jahre alt, dann sollten sich Abgeordnete schämen, daß sie noch nicht den Mut hatten, darüber nachzudenken, wie es weitergehen soll. So wie jetzt mit zum Teil bankmäßigen Tricks, die sich kein Privatbankier leisten dürfte, ohne ins Gefängnis zu kommen, geht es nicht weiter, und auf die Warnungen hat man auch nicht gehört. Da tritt der Bundesfinanzminister Alex Möller zurück und sagt: „Ich will nicht als Inflationsminister in die Geschichte eingehen.“ Da tritt der Bundeswirtschaftsminister Professor Karl Schiller zurück und schreibt: „Ich will nicht in einer Regierung sein, die nach dem Motto handelt - nach uns die Sintflut ...“ Und das Volk wird weiter genasführt, die Fernsehanstalten des öffentlichen Rechts machen weiter in guter Stimmung, und wir merken gar nicht mehr, auf was wir eigentlich noch sitzen: auf einem leeren Eimer, der außerdem noch ein Loch hat.

Als letztes: Der Mißbrauch von freiheitlichen Grundrechten wird mehr und mehr für alle erkennbar, aber die Regierung ist dem nicht entgegengetreten! Es war ein verhängnisvolles Wort, das der Theologe Professor Gollwitzer in Berlin ausgesprochen hat, durch das er sich ein für allemal für eine öffentliche Lehrtätigkeit disqualifiziert hat, als er seinerzeit erklärt hat: „Gewalt gegen Sachen ist erlaubt.“ Damals hat man eine Schleuse geöffnet, als Gollwitzer dieses sagte. Wo ist die Grenze zu ziehen? Und heute vollzieht sich in Berlin ein makabres Schauspiel - Gewalt regiert bereits bei den Hausbesetzungen, nicht das Recht, und es schmälert die makabre Sache nicht, wenn man hört, daß es meistens Häuser sind, die im öffentlichen Besitz des Berliner Senats und von Wohnungsbaugesellschaften des Senats sind, nicht von privaten Eigentümern.

Schlimm genug, was sich in der Lockerung des Demonstrationsrechts tat, und wenn man jetzt sagt, wollen wir nicht wieder das Demonstrationsrecht zurückführen auf das lateinische Wort „demonstrare“ - ich zeige etwas, lasse etwas erkennen -, da wird in Bonn gesagt: Nein, die Vermummung und Maskierung kann bleiben! Es sind dieselben Leute, die Toleranz mit zwei I schreiben, weil sie glauben, es komme von Tollwut und nicht von tolerare, d. h. dulden. Das Medium Fernsehen ist uns außer Kontrolle geraten! Zwanzig Millionen Fernsehteilnehmer zahlen jeden Monat 260 Millionen DM Gebühr. Wir haben zwei Anstalten

des öffentlichen Rechts. Wir sind die Arbeitgeber; aber wo bleibt die Mitbestimmung, überall redet man in der Demokratie von Mitbestimmung? Und wer kontrolliert eigentlich die Kontrolleure, die sich teils als Ankläger, teils als süffisante Moderatoren uns Abend für Abend uneingeladen ins Haus begeben? Gibt es überhaupt eine Möglichkeit, das Fernsehen wieder in die Kontrolle der Demokratie zu bekommen? Die Parteien haben versagt, sie haben Aufsichtsräte, Verwaltungsräte, Programmbeiräte ernannt, meistens Honoratioren, die ohnehin keine Zeit haben, am Abend das Programm zu sehen, und die Häuser sind voller Funktionäre. Der Marsch durch die Institutionen ist der außerparlamentarischen Opposition von links nirgendwo so glänzend gelungen wie in den deutschen Anstalten des öffentlichen Rechts im Rundfunk und Fernsehen! Was kann man dagegen tun? Ein Mittel, das wir alle tun könnten: Wenn wir im Juli verreisen für einen Monat oder im August oder vielleicht sogar für zwei Monate, weil wir Rentner sind, oder für drei, da sollten wir unser Fernseh- und Rundfunkgerät abmelden.

Wenn von den 20 Millionen Fernsehteilnehmern nur eine Million das täten, würde man in den Häusern nachdenklich werden müssen. Es kostet sie nämlich 13 Millionen. Und wenn's zwei Millionen täten, also jeder 10. es täte, dann wären es 26 Millionen, die bei den Mächtigen in den Funkhäusern fehlten. Mächtigen - ich gehörte selbst mal sieben Jahre dem Verwaltungsrat des WDR in Köln an, von 1956 bis 1963 mit Heinz Kühn, Josef Dufhues - damals waren in der Dagobertstraße noch 300 Mitarbeiter tätig, und das Fernsehen und der Rundfunk liefen auch. Heute sind allein im WDR in Köln 4.000 Mitarbeiter tätig, die meisten in beamteter Funktion, unkündbar mit Pensionsversorgung. Lassen Sie mich diesen negativen Teil abschließen, ich habe Ihnen ohnehin zuviel zugemutet, aber ich bin in der glücklichen Lage, auf niemanden mehr Rücksicht nehmen zu müssen.

Statt Idealismus – Opportunismus

Wenn jetzt jemand zurückkäme, der im Jahre 1961 wegen der Errichtung der Mauer nach Kanada oder Australien ausgewandert ist, könnte er sich nicht Gedanken machen, ob wir schon wieder einige „-ismen“ in unserem deutschen Land zum Leben gebracht haben, beispielsweise in der Architektur einen „Betonismus“, der ausgefertigt ist, daß man sich schämt, wenn man manche Stadtsilhouette - nicht nur in Bonn - betrachtet, der Betonismus ist ausgebrochen in der Architektur, in der Gesinnung an Stelle des alten Humanismus ein neuer „Brutalismus“, in der Politik an Stelle des früheren „Idealismus“ ein neuer Opportunismus und „Karrierismus“ - was kann ich wo schnell werden mit möglichst hoher Pensionsberechtigung nach dem „neupreußischen Grundsatz“: „Jedem das Seine, mir das meiste, wenn's geht, möglichst alles!“ - Und schließlich in der Staatsauffassung - auch ein wenig übertrieben - ein neuer Nihilismus „lieber rot als tot“ - „Warum Tradition - geht ja auch ohne“ - antiautoritär, „warum denn Werte, es geht ja auch ohne“. Nun, ich will meinen, daß es etwas zu hart ist, was ich mit Betonismus, Brutalismus, Opportunismus und Nihilismus einmal karikaturhaft hier darstellen wollte.

Die positiven Seiten des Parlamentarismus wiegen die negativen nicht auf. Dennoch - wir haben eine funktionsfähige Demokratie, wenn auch gegenwärtig fußkrank und arm, besser aber als Weimar, nicht zuletzt auch durch die 5-Prozent-Klausel des Wahlgesetzes. Keine

Zersplitterung, 90 Prozent all unserer jungen Menschen entscheiden sich für die drei Grundrichtungen, christlich-konservativ, sozial-demokratisch, liberal, insofern ist also vom äußeren Bild her die Geschlossenheit und Funktionsfähigkeit besser als in Weimar, vor der inneren Haltung mache ich mir bei der heranwachsenden Generation große Sorgen. Wir haben immerhin in Europa in der Europäischen Gemeinschaft 10 - bald mit Portugal und Spanien 12 Staaten mit 300 Millionen Menschen -, wir haben im Europarat 21 Staaten vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer und vom Mittelmeer bis zum Polarkreis mit 400 Millionen Menschen, die sich unter das Gesetz der Menschenrechte und unter die Konvention der Menschenrechte gestellt haben.

Wir erkennen auch in Paneuropa Ausweitungen auf Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, kurzum, auf jene 100 Millionen Europäer, die auf einem Gebiet von einer Million Quadratkilometer nach dem Zweiten Weltkrieg gegen ihren Willen unter das sowjetische Imperium gebracht wurden. Auch dort blickt man mehr nach Westen, nach Paris und Straßburg und weniger nach Moskau. Wir haben schließlich trotz einiger Rückschläge zwischen Israel und den Arabern ein ausgewogenes Verhältnis hergestellt, wenn es auch in den letzten Wochen einige überspitzte wechselseitige Formulierungen gab, und wir haben eine Aussöhnung auch zu den Völkern Osteuropas begonnen, schwierig genug, aber jeder Anfang ist schwer.

Was ich als das Schlimmste und Gefährlichste dieser Parlamentarischen Demokratie und der nun folgenden 30 Jahre ansehe, nach 30 Jahren im Deutschen Bundestag, ist die Geschichtslosigkeit, in der eine ganze Generation herangewachsen ist und in der eine neue heranzuwachsen droht. Denn nichts ist schlimmer als manipulierbare Individuen und Massen zu haben, die selbst keine menschliche, selbst keine geistige, selbst keine geschichtliche Basis haben, weil sie nie vermittelt wurde. Weder im Elternhaus, noch in der Schule, noch in der Öffentlichkeit.

Da hilft kein Leugnen, wir müssen uns zu unserer Geschichte bekennen wie die anderen zu der ihren. In den Geschichtsperioden aller Staaten der Welt gibt es Licht und Schatten. Das Licht zeigen, nicht nur den Schatten beschwören, das ist auch etwas, was zur Ausgewogenheit gehört, kein Verzerren - kein Totschweigen, wir sollten nach dem Paternoster nicht nur christlich leben, wir sollten das Paternoster auch überall, auch im Osten, auch in Polen, politisch zur Kenntnis nehmen: „Und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.“ Das ist die Maxime für eine Versöhnung in Europa und um Europa; aber auch im Inneren bei uns selbst.

Die Geschichtslosigkeit der heranwachsenden Generation wird ein Unglück, wenn wir nicht rechtzeitig umkehren auf dem bisherigen Wege! Immerhin, drei Dinge würde ich, wenn ich morgen abtreten müßte, in meinem politischen Testament sagen: Wir brauchen für die nächste Zeit mehr Toleranz in unserem Lande, besonders bei der Jugend! Wir brauchen mehr Humanitas, mehr Menschlichkeit, insbesondere in den Großstädten, auf dem flachen Land und in den Kleinstädten ist sie noch vorhanden, und wir brauchen mehr Caritas, mehr Nächstenliebe, mehr Zuneigung zum anderen und alles in allem, wir sollten wenigstens einmal im Jahr über den Artikel 1 unseres Grundgesetzes in den Schulen sprechen, vielleicht

auch dann und wann im Wort zum Sonntag im Fernsehen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar, sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Die Mißachtung dieses Artikels 1 in unserer Gesellschaft ist für mich die größte Krise der heutigen Zeit.

Erich Mende, geb. 1916, gest. 1998. Jurist und Politiker (FDP, dann CDU). Von 1960 bis 1968 Vorsitzender der FDP, von 1957 bis 1963 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. 1963-966 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und Stellvertreter des Bundeskanzlers.

(Foto: links: Hugo Wellems, Vorsitzender der SWG, rechts: Erich Mende)